

Eberhard Berg, Lupinenweg 10, 71665 Vaihingen-Kleinglattbach

Beitrag zur Aussprache

in der Gemeinderatssitzung am **Mittwoch, 01. Februar 2023**

Haushalt 2023 – Stellungnahme der Gemeinderatsfraktionen

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gemeinderatskolleginnen und Kollegen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung. Hochwohllöblicher Herr Oberbürgermeister.

Wir reden heute über den Haushalt der Stadt Vaihingen für das Jahr 2023. Es ist wohl insofern ein sehr ehrlicher Haushalt, weil wir zum ersten Mal vom zuständigen Fachamt den Ernst der Lage bezüglich unserer finanziellen Spielräume in den kommenden Jahren vor Augen geführt bekommen haben.

Wir können künftig den Haushalt nicht mehr ausgleichen. Wohl einige Jahre nicht ! Und die Verschuldung steigt in ungeahnte Höhen. Von ca. 16 Millionen im Jahr 2022 auf sage und schreibe über 41 Millionen im Jahr 2026. Und dabei sind die Schulden des städtischen Versorgungsbetriebs noch gar nicht eingerechnet.

Wir sind also zum Handeln gezwungen, auch wenn das einigen hier keinen Spaß machen wird. Wir sollten deshalb ein wenig mehr gesunden Menschenverstand in die kommenden Debatten bringen. Und wir müssen den Menschen hier in der Stadt mehr erklären. Wenn wir wollen, dass diese Stadt auf Dauer gut funktioniert, dann müssen wir auch gemeinsam über Prioritäten reden. Wir können nicht mehr alle Wünsche erfüllen. Es geht auch nicht um einzelne Punkte. Es geht um ein gemeinsames Verständnis von nachhaltiger Infrastrukturplanung, nachvollziehbarer Sozial- und Kulturpolitik und solidem Umgang mit den zur Verfügung stehenden Finanzen.

Auf jeden Fall aber sollten wir der Legendenbildung keinen Raum geben, die da heißen könnte, die leidige Corona-Krise sei die Ursache dieser unserer finanziell knappen Situation. Oder Ukrainekrieg, Energiekrise, Klimaproblematik. Dass wir den Haushalt in absehbarer Zeit nicht mehr ausgleichen können ist doch ein Ereignis mit Ansage. Seit Jahren wissen wir doch wohin die Reise geht und schon vor Jahren hat uns das Regierungspräsidium auf diese uns zukommende Haushaltslage hingewiesen.

Schon bei meinem Beitrag zum Haushalt 2017 habe ich ausgeführt: Das kommunalaufsichtführende Regierungspräsidium wird uns weiterhin darauf hinweisen, unsere Finanzlage im Gesamtergebnishaushalt habe kein stabiles Fundament. Unsere Aufwendungen würden die Erträge übersteigen. Die Stadt Vaihingen sei nach wie vor nicht in der Lage die intergenerative Gerechtigkeit als Ziel des neuen Haushaltsrechts zu erfüllen.

Siehe hierzu das Zitat aus dem Vorbericht zum Nachtragshaushaltsplan 2014:
Es entsteht eine negative Nettoinvestitionsrate in Höhe von 2,6 Millionen Euro. Die eigenen Mittel reichen nicht aus um die investiven Ausgaben zu decken. Es wird ein negativer Finanzierungsmittelbestand von 8,2 Millionen erwirtschaftet. Dies wird auch für 2015 und 2016 prognostiziert.

Siehe hierzu das Zitat aus dem Vorbericht zum Nachtragshaushaltsplan 2015:
Die Finanzlage im Gesamtergebnishaushalt hat kein stabiles Fundament. Die liquiden Mittel werden bis Ende 2018 auf 3,3 Millionen Euro abgeschmolzen. Das RP hält es für dringend notwendig dass die Stadt kommunalpolitische Entscheidungen trifft um die Ausgabensituation zu verbessern.

Siehe hierzu das Zitat aus dem Vorbericht zum Nachtragshaushaltsplan 2017:
Auf der Basis der aktuellen Finanzplanung wird auch in den kommenden Jahren im Ergebnishaushalt kein ausgeglichenes ordentliches Ergebnis erreicht.

Die damalige Verwaltung und leider auch die Mehrheit des Gemeinderats hat diese Warnungen ignoriert und alle vom Tisch gewischt.

Jetzt, wo das bewusste Kind in den bekannten Brunnen gefallen ist, müssen wir endlich handeln.

Wenn wir schon bei Legendenbildungen sind. „Die nun allseits zu hörende Legende der Bund und das Land ließen die Kommunen im Stich“. Städte und Gemeinden sollten in der Lage sein ihre Aufgaben aus eigener Kraft leisten zu können. Der Ruf nach finanzieller Unterstützung durch Land und Bund kann auch ein Zeichen des eigenen Versagens sein. Eine frühere Oberbürgermeisterin in Heidelberg hat einmal zutreffend gesagt: Die Kommunen haben genug Geld. Sie müssen nur entscheiden für was sie es ausgeben wollen.

Wir hier in Vaihingen geben ca. 12 Millionen für eine Schulsporthalle aus. Wir haben genug Geld für einen Bauhoftorso in der Kernstadt und eine völlig überbewertete Fahrzeughalle in Kleinglattbach. Für Kindergärten die man jeweils auch um fast 2 Millionen Euro günstiger bauen könnte. Für Gutachten zur Zukunft der Innenstadt in denen prinzipiell nichts neues steht und einen Leitbildprozess der kein echtes Leitbild zum Ergebnis hat, sondern für fast 200.000 Euro einen überdimensionalen Wunschzettel abbildet.

Das vermeintliche Leitbild werden wir ja später noch behandeln. Jetzt nur so viel dazu zum Thema Bürgerbeteiligung: Die Bürgerbeteiligung ist ein Zeichen der heutigen Zeit. Wir müssen wirklich Wege und Methoden finden, die es interessierten Bürgern ermöglichen ihre Meinungen und Vorstellungen in einen Entscheidungsprozess frühzeitig einzubringen. Es ist wichtig und es lohnt sich, wenn wir uns mit dem Wunsch aus der Bürgerschaft auf mehr Teilnahme an den Diskussionsprozessen befassen. Was aber nicht bedeuten kann diese Bürger und Bürgerinnen zu missbrauchen um schon vorgefasste Linien und eigene Vorstellungen abzusichern. Frei nach dem Motto: Bürgerbeteiligung und Bürgerentscheide sind gut solange sie meine politischen Absichten bestätigen. Entscheiden die Bürger aber anders, dann muss man das korrigieren.

Wir stehen vor der großen Aufgabe bis 2029 eine Gartenschau auf die Beine zu stellen, eine Gartenschau, die für die Stadt eine Attraktivitätssteigerung nicht nur für

die Zeitspanne der eigentlichen Gartenschau bedeutet, sondern wirklich auch nachhaltige Wirkung hat. Die Kunst dabei wird es sein, mit sparsamen finanziellen Mitteln aus dem zur Verfügung stehenden Gelände das Beste zu machen was überhaupt zu machen ist. Das wird nicht einfach, da wird manches wünschenswerte auf der Strecke bleiben. Hier sind unsere MitarbeiterInnen in den zuständigen Fachämtern enorm gefordert. Hier wird in mancher Amtsstube ein Umdenken erforderlich sein.

Beim Thema „umdenken“ muss ich auch auf die vom Oberbürgermeister ins Spiel gebrachten Bereiche Grundschulen, Feuerwehr und Stadtteilrathäuser zu sprechen kommen. Es ist durchaus zulässig darüber nachzudenken ob es wirklich Sinn macht in allen Stadtteilen, gerade auch in den kleineren, den Standort für eine Grundschule aufrecht zu erhalten. Es macht sicher auch Sinn über eine neue Organisationsstruktur unserer hervorragend aufgestellten Feuerwehr nachzudenken und im miteinander aller Beteiligten nach Lösungen zu suchen die für die Mitglieder der Feuerwehr attraktiv sind, die Effizienz der gesamten Wehr noch mehr steigert und für die Stadt die Kosten im Rahmen hält. In Zeiten der immer digitaler werdenden Verwaltung stellt sich natürlich auch die Frage nach der notwendigen Anzahl von Verwaltungsstellen. Alle diese Themen sind jeweils vor Ort hochemotional. Hier braucht es viel Fingerspitzengefühl von Verwaltung und Gemeinderat. Ich bin überzeugt in der Zusammenarbeit mit den jeweils Betroffenen lassen sich hier befriedigende Lösungen finden, die allen gerecht werden und unsere zukünftigen Haushalte entlasten können. Die schlechteste Herangehensweise wäre aber aus populistischen und wahltaktischen Gründen die Diskussion, gar jegliche Mitarbeit zu verweigern. Das brächte uns keinen Schritt weiter in unserem Bemühen eine nachhaltige Haushaltsführung für die Zukunft zu erreichen.

Ein ganz anders Thema:

Ich hätte nicht gedacht, dass ich nochmals auf das Thema Gestaltungssatzung eingehen müsste. Schon 2015, 2016, 2017, 2018, 2019, 2020 habe ich gefordert die veraltete und nicht mehr zeitgemäße Gestaltungssatzung zu überarbeiten, oder neu zu formulieren. Bisher war unser Planungsamt nicht in der Lage dem Gemeinderat einen entsprechenden Vorschlag zu unterbreiten. Aber er wird kommen. Er wird kommen der Tag, an dem sich der Gemeinderat mit diesem Thema befassen wird. Vielleicht nicht 2023, das wäre dann doch zu viel verlangt. Aber vielleicht 2024 oder 2025. Warten wir es weiterhin ab. Oder aber wir bringen unseren Antrag in diesem Zusammenhang nochmals ein, zusammen mit noch 3 weiteren Gemeinderatskollegen und -kolleginnen. Dann müssten Sie, Herr Skrzypek, den Antrag hier endlich auf die Tagesordnung setzen, und wir kämen einen kleinen Schritt weiter. Einen Versuch wäre das wohl Wert.

Trotz klammer Haushaltslage ist der bezahlbare Wohnungsbau eine Notwendigkeit. (siehe auch Leitbildprozess). Andere Kommunen steigen da in entsprechende Planungen ein, warum wir nicht? Was machen wir in diesem Zusammenhang im Baugebiet Leimengrube? Wir wissen es noch nicht. Was machen wir in den hochgelobten Bereichen Innen vor Außen? Wir wissen es nicht. Das Einzige was uns die Verwaltung bisher dazu sagen konnte war ein Vortrag über Wohnberechtigungsscheine und eine Anfrage bei der Kreisbau. Hallo Verwaltung! aufwachen und initiativ werden. Wir als Gemeinderat können nur sagen was wir in der Leimengrube und in anderen Baugebieten wollen. Zum Beispiel in der Innenstadt. Lösungen erarbeiten müssen schon sie als sog. Exekutive. Auch wenn es schwerfällt.

Es wird bei dieser Gelegenheit immer auch allen an der Haushaltsplanerstellung Beteiligten ausführlich gedankt. Dieser Dank auch von uns. Ich möchte allerdings auch denen danken, die beim Vollzug des Haushalts sich einbringen und ihre Arbeit für die Stadt in verantwortungsvoller Weise leisten. Ohne Sie wäre der Haushaltsplan nur Makulatur.

Wir stimmen dem Haushaltsplan für das Jahr 2023 in der vorgelegten Form zu.